



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

24.09.03

Übernachtungsstelle Unionstrasse

Presseerklärung

Im Zuge der sogenannten Infrastrukturrevision beabsichtigt die Verwaltung offensichtlich, die Übernachtungsstelle Unionstrasse, eine Einrichtung für wohnungslose Männer, nicht mehr selbst zu betreiben. Entsprechende Überlegungen werden derzeit in der Sozialverwaltung angestellt und haben bereits Unruhe bei den betroffenen MitarbeiterInnen ausgelöst. Die Politik wurde bis zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt nicht einbezogen.

Dazu Birgit Unger als sozialpolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
„Das Verwaltungsvorgehen ist aus mehreren Gründen verwunderlich. Zum einen handelt es sich bei der Übernachtungsstelle in der Unionstraße um eine kommunale Aufgabe, für wohnungslose Menschen Übernachtungsmöglichkeiten anzubieten und entsprechend erfahrenes und qualifiziertes Personal einzusetzen. Vor diesem Hintergrund ist auch zunächst nicht erkennbar, welche Vorteile eine Ausschreibung und Übertragung der Aufgabe auf Dritte bringen würde.

Unverständlich ist das Vorgehen auch deshalb, weil die Übernachtungsstelle Relax für Drogenkranke mit dem Hinweis auf die Übernachtungsstelle in der Unionstrasse geschlossen wurde. Zum jetzigen Zeitpunkt eine Aufgabenwahrnehmung durch Dritte ins Auge zu fassen, behindert ein Bemühen um eine schlüssige und verantwortbare Neukonzeption des Übernachtungsangebotes in Dortmund für die Menschen mit unterschiedlichen Problemen, die auf Einrichtungen wie Übernachtungsstellen angewiesen sind.

Im übrigen handelt es sich aus unserer Sicht bei derartigen Entscheidungsprozessen keinesfalls um rein organisatorische und fiskalische Verwaltungsprozesse. Vielmehr ist die



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Politik dafür zuständig, sich über die Art und Weise der kommunalen Aufgabenwahrnehmung zu verständigen. Dies gilt insbesondere, wenn es um Menschen mit besonderen Problemlagen geht.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden diesen Sachverhalt zum Anlass nehmen, uns im Sozialausschuss über die Absichten der Verwaltung informieren zu lassen. Dabei sollte klar gemacht werden, welche kurz- und langfristigen Einsparpotenziale durch die Übertragung der Aufgabe an dritte erzielt werden können, welche Auswirkungen ein solcher Schritt auf die Qualität des Angebotes haben könnte und inwieweit die Unterbringung von Drogenkranken bei den aktuellen Überlegungen Berücksichtigung gefunden hat.